

Riesenradplatz: Ausgleich angenommen

■ Gläubiger der Explore 5D stimmten 40-Prozent-Quote zu.
 ■ Grüne: Vorwürfe gegen Stadt Wien.

Wien. In den Rechtsstreit um den Bau des neuen Riesenradplatzes im Wiener Wurstelprater kommt Bewegung: Die 121 Gläubiger des insolventen Generalunternehmers Explore 5D haben am Mittwoch einem Ausgleich zugestimmt. Statt der ursprünglichen Forderungen nach 20 Millionen Euro haben die Subunternehmer nun eine 40-Prozent-Quote akzeptiert. Sie erhalten nun nur noch sieben Millionen Euro. Ausgezahlt werden soll das Geld bis spätestens Dezember.

Die Annahme des Ausgleichs erfolgte mehrheitlich. „Einstimmig war das auf keinen Fall“, berichtete

Hans-Georg Kantner vom Kreditschutzverband (KSV). Der Fall sei äußerst kontroversiell gewesen. Viele Subunternehmungen hätten aufgrund dieser Insolvenz hohe Vermögensschäden hinnehmen müssen.

Die sieben Millionen Euro, die jetzt ausbezahlt werden, würden „aus dem Bereich der Auftraggeber“ fi-

nanziert, so Kantner. Dieser Bereich ist allerdings komplex, da die Riesenradplatz Errichtungs GmbH eine hundertprozentige Tochter von „Stadt Wien Marketing und Prater Service“ ist, die ihrerseits im Vollbesitz der Stadt steht.

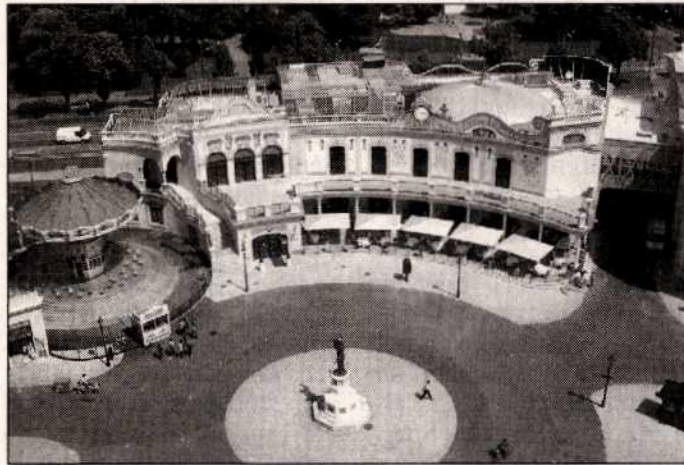
Unterdessen haben die Grünen am Mittwoch schwere Vorwürfe gegen

die Stadt Wien erhoben. Diese habe Explore zum Sündenbock gemacht und bewusst in Konkurs geschickt, um Geld zu sparen.

Kleinere Rechnung

Durch die Annahme der Ausgleichsquote müsste die Stadt nämlich nicht mehr 100 Prozent der Rechnungen bezahlen, sondern nur mehr 40. So könne wohl das Budget von 32 Millionen Euro gehalten werden, das sich eigentlich deutlich erhöht habe, vermutete Sabine Gretner, Planungssprecherin der Grünen.

Im Büro der zuständigen Stadträtin Grete Laska (SPÖ) kündigte man an, sich die heute erzielte Einigung im Ausgabungsverfahren genau anzusehen. Georg Wurz, Geschäftsführer der Riesenradplatz Errichtungs GmbH, war am Mittwoch zu keinem Kommentar bereit. ■



Scherereien mit dem neuen Riesenradplatz. Foto: apa